



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/014/2011)

am Donnerstag, 13.01.2011,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Lars Röher

Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

Thomas Pallutt

Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec

Kristin Hornschild

Claus Lippmann

Valentina Marcenaro

Erik Pietsch

Martin Seidel

Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Sabine Grohmann
Dorothee Hinze
Claudia Joseit
Richard Kaniewski
Stefan Zinkler

Vertretung für Frau Sabine Bibas
Vertretung für Herrn Markus Degenkolb
Vertretung für Frau Kristina Winkler
Vertretung für Frau Ines Vogel
Vertretung für Herrn Patrick Schreiber

Abwesend:

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

SPD-Fraktion

Ines Vogel

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

beratende Mitglieder

Sabine Bibas
Markus Degenkolb
Christina Koch
Jens Raubach
Regina Thielmann
Kristina Winkler
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Hipke
Herr Schöne
Frau Franzke
Frau Glöckner

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Jugendamt
Jugendamt - Jugendinfoservice
EB Kindertageseinrichtungen
EB Kindertageseinrichtungen

Gäste:

Stephan Passow
Thorsten Deigweiher
Sophie Menzel
Kathrin Wetzel
Reiko Fitzke
Philipp Scholz
Gloria Schönitz
Veronika Heiduschka

Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Roter Baum
Sportjugend Dresden
Referendarin im Jugendamt (ab Februar 2011)

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 04.11.2010
- 2 Informationen/Fragestunde
- 3 Vorstellung innovativer Ansätze der Jugendhilfe im Strafverfahren
- 4 Sanierungskonzept der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe **V0506/10
zur Information**
- 5 Musterverträge nach § 77 SGB VIII
(Umsetzung des Beschlusses Nr. V1804-JH47-07) **V0219/09
beschließend**
- 6 Dresdner Netzwerk Kinderschutz (Frühe Hilfen) - Aktionsplan 2010
bis 2012 **V0524/10
beratend**
- 7 Berichte aus den Unterausschüssen

Nicht öffentlich

- 8 Informationen

öffentlich

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste. Sie wünscht allen Anwesenden ein gutes Jahr 2011.

Zur Sitzung wurde form- und fristgemäß geladen und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur vorliegenden Tagesordnung teilt Frau Oberbürgermeisterin Orosz mit, dass Tagesordnungspunkt 3 bis zur nächsten Sitzung am 03.02.2011 vertagt werde.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die geänderte Tagesordnung wird mit 11/0/0 Stimmen bestätigt.

Abschließend stellt Frau Oberbürgermeisterin Orosz den neuen Vertreter der FDP-Fraktion im Gremium, Herrn Jens-Uwe Zastrow, vor.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 04.11.2010

Anfragen zur Niederschrift vom 04.11.2010 gibt es nicht. Sie wird vom Gremium mehrheitlich bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Informationen/Fragestunde

Erziehungsberatungsstellen

Herr **Engel** stellt die Ergebnisse der Beratung mit den Geschäftsführern und Mitarbeiter/-innen der Erziehungsberatungsstellen (EZB) in freier Trägerschaft vom 12.01.2011 vor.

Ab 01.01.2011 solle es eine veränderte, inhaltliche Schwerpunktsetzung sowie eine strukturelle Änderung der EZB geben, stellt Herr Engel heraus. Folglich würden sich für das Jahr 2011 Leistungseinschränkungen ergeben (gleiche Gelder wie für 2010), da die Tariferhöhungen nicht ausgeglichen werden können. Dazu zähle weiterhin, dass keine Einschränkung in der Fallarbeit stattfindet - der präventive Ansatz solle auf 10 % reduziert werden. Herr Engel erklärt zudem, dass ab 01.01.2011 die EZB die Empfehlung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (BKE) umsetzen sollten - dies greife aber in das Leistungsrecht der freien Träger ein. Die Empfehlung der BKE habe zur Folge, dass die Mitarbeiter/-innen in ihren Eingruppierungen herabgestuft werden sollen, was dem Gebot der Besitzstandswahrung bei den freien Trägern widerspreche.

Des Weiteren berichtet Herr Engel, dass bis dato noch keine Vereinbarung für 2011 getroffen worden sei und somit erfolge trotz Leistungserbringung keine Abschlagszahlung.

Die von Herrn Engel aufgeführten inhaltlichen und strukturellen Änderungen seien weder mit der FachAG HzE noch mit dem Jugendhilfeausschuss diskutiert worden. Er kritisiert die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den freien Trägern als Leistungserbringer.

Aus den genannten Gründen ergehen folgende Aufträge an Herrn Lippmann, welche bis 31.01.2011 schriftlich beantwortet werden sollen:

1. Die kurzfristige inhaltliche und strukturelle Änderung in den EZB für 2011 ist aufzuheben und in der FachAG HzE nach § 78 SGB VIII fachlich zu diskutieren sowie die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen und ggf. eine Beschlussvorlage einzureichen.
2. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die bisherigen Personalstrukturen in Qualifikation und Vergütung anerkannt.
3. Auf Grundlage von 2010 ist die Leistungsvereinbarung für 2011 beizubehalten und die Tarifsteigerungen sowie nachvollziehbare Sachkostensteigerung anzuerkennen. Die dafür notwendigen Gelder sind den freien Trägern zur Verfügung zu stellen.
4. Mit sofortiger Wirkung ist eine Abschlagszahlung an die freien Trägern zu leisten, damit sie ihren Bestand sichern können.
5. Alle Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und der Grundsatzkommission für EZB, die ab 2003 beschlossen wurden, sind bis zum 31.01.2011 der FachAG HzE und den freien Trägern von EZB zur Verfügung zu stellen.

Zu den Ausführungen von Herrn Engel bezieht Herr **Lippmann** Stellung und bestätigt, dass keine finanzielle Kürzung der EZB vorgenommen werde. Wenn es Veränderungen im Gefüge gäbe, dann ergäben sich auch Leistungseinschränkungen. Zu den Abschlagszahlungen veranlasse Herr Lippmann eine Vorauszahlung, da die Verträge in dem vorliegenden Falle noch nicht unterzeichnet seien. Die Finanzierung werde abgesichert, betont er abschließend.

Herr **Stadtrat Kießling** möchte nähere Erläuterungen zur von Herrn Engel genannten Reduzierung des präventiven Ansatzes.

Die Antwort werde in der schriftlichen Beantwortung zu den Aufträgen von Herrn Engel erfolgen, erklärt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**.

Dresden-Pass

Zur Anfrage von Herrn **Zimmermann** zu möglichen Änderungen in der Förderung des Dresden-Passes im Jahr 2011 erfolge eine schriftliche Antwort durch Herrn Lippmann.

Fördervorlage 2011

Die Fördervorlage 2011 befinde sich derzeit in Abstimmung innerhalb der Verwaltung und solle dem Jugendhilfeausschuss zur Sitzung am 10.03.2011 zur Beschlussfassung vorliegen, teilt Herr **Lippmann** auf Nachfrage von Frau Hörenz mit.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** sei von Interesse, auf welche Höhe sich das Defizit zwischen der bereitgestellten Haushaltssumme durch den Stadtrat und der fachlich notwendigen Summe belaufe.

Darüber hinaus kritisiert er, dass eine im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften diskutierte Vorlage zum Thema „Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für Hilfen zur Erziehung für das Jahr 2010“ nicht im Jugendhilfeausschuss beraten worden sei. Er möchte Vorschläge zum künftigen Verfahren zur Vermeidung solcher Situationen.

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Boys´ Day

Frau **Joseit** informiert, dass am 14.04.2011 bundesweit der 1. Boys´ Day stattfindet. Jungen hätten an diesem Tag die Möglichkeit, soziale Berufe kennenzulernen.

Unter www.boys-day.de (Aktionslandkarte) könnten sich Einrichtungen, die sich beteiligen wollen, direkt eintragen.

Ratsinformationssystem

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** appelliert noch einmal an die Mitglieder, die keine Stadträte sind, das Ratsinformationssystem als Informationsquelle zu nutzen. Ein Schreiben dazu wurde vor der heutigen Sitzung ausgereicht.

Grundsatzkommission

Die Grundsatzkommission tagt nach Bedarf, erläutert Herr **Lippmann** zur Anfrage von Herrn Engel. Der Bedarf sei in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Eine nächste Sitzung sei für das Frühjahr anberaumt.

Fahrkostenrückerstattung

Herr **Pietsch** fragt nach, ob auch eine Fahrkostenrückerstattung für Schüler der Sekundarstufe 2 möglich sei.

Eine entsprechende schriftliche Antwort werde zugehen.

Familienzentrum „Pauline“

Herr **Bürgermeister Seidel** teilt mit, dass das Familienzentrum „Pauline“ auf der Papstdorfer Straße etabliert werden solle. Ein Umzug sei für den 01.07.2011 vorgesehen. Aufgrund anderer Mietkonditionen mit der WGA würden für dieses Projekt Mehrkosten in Höhe von ca. 5.000 EUR entstehen.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schließt den Tagesordnungspunkt.

3 Vorstellung innovativer Ansätze der Jugendhilfe im Strafverfahren

- inhaltsleer -

Vertagung bis zur nächsten Sitzung am 03.02.2011.

4 Sanierungskonzept der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

V0506/10
zur Information

Herr **Bürgermeister Seidel** erläutert die Vorlage. Die in der Anlage aufgeführten Einrichtungen sollten in den nächsten zwei Jahren saniert werden.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** bedankt sich für das nun vorliegende Sanierungskonzept. Dennoch kritisiert er, dass der Stadtratsbeschluss von 2008 nicht erfüllt worden sei. Es sollte eine Beschlussvorlage und keine Informationsvorlage erarbeitet werden.

In dem Sanierungskonzept habe man sich auch ausschließlich auf kommunale Liegenschaften bezogen, konstatiert Herr Stadtrat Hoffsommer. Wie werde mit den privaten Einrichtungen umgegangen?

Des Weiteren möchte er nähere Erläuterungen zum Erbbaurechtsvertrag September 2009, speziell beim Beispiel Conni e. V.

Auf die Aussagen von Herrn Stadtrat Hoffsommer eingehend erklärt Herr **Lippmann** anhand einer Folie das übliche Verfahren gem. der Verwaltungsordnung mit den Objekten, die sich nicht in kommunaler Liegenschaft befinden.

Die Objekte von privat eingemieteten Trägern könnten nicht saniert werden, dennoch seien Einzelfallentscheidungen möglich.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt klar, dass nur ein Sanierungskonzept erstellt wurde, in dem sowohl die Liegenschaften in kommunalem Eigentum als auch alle weiteren Liegenschaften, die durch anerkannte Träger der Jugendhilfe genutzt werden, berücksichtigt werden müssen.

Diese Thematik solle im Unterausschuss Jugendhilfeplanung noch einmal diskutiert werden, schlägt Herr **Lippmann** vor. Wenn eine größere Einrichtung eines freien Trägers Sanierungsbedarf anzeige, dann müsse dies per Antrag mitgeteilt werden.

Herr **Stadtrat Kießling** macht deutlich, dass die freien Träger keine Anträge für investive Maßnahmen stellen, da keine Mittel dafür bereitstünden.

Eine Sanierung von Objekten, die sich nicht in kommunalem Eigentum befinden, könne nicht so ohne Weiteres erfolgen, stellt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** klar. Daher sei es von Nöten, die Thematik weiterhin zu debattieren.

Dennoch hätten mindestens die Bedarfe benannt werden müssen, fügt Herr **Stadtrat Hoffsommer** hinzu.

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Stadtrat Hoffsommer zum Erbbaurechtsvertrag erläutert Herr **Lippmann**, dass auf Wunsch des Trägers dieser Vertrag abgeschlossen worden sei. Es könne heute keine Aussage getroffen werden, ob die Sanierung Bestandteil des Vertrages sei.

Zur Kritik von Herrn Stadtrat Kießling stellt Herr Lippmann richtig, dass die freien Träger im letzten Jahr angefragt wurden, ob Sanierungsbedarf bestehe.

Im Ergebnis einiger Debatten schlägt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** eine Verfahrensweise vor.

Der Jugendhilfeausschuss legt fest, dass die Vorlage V0506/10 „Sanierungskonzept der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe“ wie folgt zu überarbeiten ist:

1. Um mögliche Defizite aus den Häusern, die nicht im kommunalen Eigentum sind, zu vermeiden, ist eine entsprechende Ergänzung einzufügen.
2. Zur Informationsvorlage wird die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung angefügt:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt,

- dass jeweils im 3. Quartal der Jugendhilfeausschuss zum Stand der Umsetzung und Fortschreibung des Sanierungskonzeptes informiert wird,
 - dass nach Beschluss des Teilplanes §§ 11-14, 16, 52 SGB VIII i. V. m. JGG das Sanierungskonzept als Beschlussvorlage vorgelegt wird.
3. Weitere Debatten werden bis zur nächsten Beratung im Jugendhilfeausschuss verschoben.

Dieser Festlegung wird mit 14 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen zugestimmt.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mit Überarbeitungshinweisen zur Kenntnis genommen

**5 Musterverträge nach § 77 SGB VIII
 (Umsetzung des Beschlusses Nr. V1804-JH47-07**

**V0219/09
 beschließend**

Die Vorlage wird von Herrn **Lippmann** vorgestellt und begründet. Die Musterverträge seien in einer dafür gegründeten Arbeitsgruppe überarbeitet worden.

Auf Anfrage von Herrn Stadtrat Kießling zeigt Herr **Stolte** auf, dass bei einer notwendigen Überarbeitung der Musterverträge der Jugendhilfeausschuss darüber zu informieren sei (Beschlusspunkt 2 der Vorlage).

Weitere Anfragen werden nicht gestellt. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** bringt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass für die Leistungsbereiche
 - Ambulante Leistungen der Hilfen zur Erziehung,
 - Erziehungsberatungsstelle,
 - Pflegeelternberatung und -gewinnung,
 - Jugendberufshilfe und
 - Jugendgerichtshilfe

Musterverträge bzw. Berichtsbögen/Sachkostenblatt gemäß Anlagen 1 bis 9 verwendet werden.

2. Wird aus rechtlichen Gründen oder auf Grund fachlicher Weiterentwicklungen eine Überarbeitung der Musterverträge notwendig, kann die Verwaltung des Jugendamtes entsprechende Anpassungen vornehmen. Der Jugendhilfeausschuss ist darüber zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

6 Dresdner Netzwerk Kinderschutz (Frühe Hilfen) - Aktionsplan 2010 bis 2012

**V0524/10
beratend**

Herr **Lippmann** erläutert die Vorlage und begründet diese. Die Problematik Kinderschutz stelle sich aufgrund vieler Ereignisse als ein sehr zentrales Thema in der Öffentlichkeit dar. Bereits auf Bundesebene sei ein Kinderschutzgipfel einberufen worden. Aufgrund der Tatsachen habe man auch eine Reihe gesetzlicher Grundlagen geändert, führt Herr Lippmann aus. Er hebt weiterhin hervor, dass die 24-stündige Inobhutnahmestelle um ein Nottelefon bzw. eine Internetmöglichkeit ergänzt wurde. Im Ergebnis dessen könne man einen Anstieg an Verdachtsmeldungen sowie Kinderschutzfällen verzeichnen.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Lippmann weist Herr **Stolte** darauf hin, dass eine Fortschreibung dieses Aktionsplanes dem Jugendhilfeausschuss bis 30.11.2012 zur Beschlussfassung vorzulegen sei.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** sei von Interesse, ob sich die damalige aufwendige Plakataktion als zielgenau erwiesen habe.

Zur Anfrage von Herrn Stadtrat Kießling bestätigt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**, dass durch die Plakate erheblich mehr Meldungen in ganz Sachsen eingegangen seien und auch zu einer erhöhten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit geführt habe.

Ebenso bekräftigt Herr **Lippmann** die Plakataktion. Im Jahr 2009 habe es 1.094 Verdachtsmeldungen gegeben und 2010 seien es 1.298 Meldungen gewesen.

Zur Vorlage selbst bemerkt Herr **Stadtrat Kießling**, dass eine Schwachstellenanalyse, aus der gezielte Maßnahmen entwickelt werden, fehle. Er vertrete zudem die Ansicht, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu allgemein gehalten sei.

Hierzu verweist Herr **Lippmann** auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses, in der der Planungsbericht Inobhutnahme 2009 beraten werde.

Auf Anfrage von Herrn **Stadtrat Zinkler** zu bereits bestehenden Kooperationsbeziehungen bestätigt Herr **Lippmann**, dass z. B. Kooperationsvereinbarungen mit dem Hebammenverband, dem EB Kindertageseinrichtungen, der Polizeidirektion, dem Gesundheitsamt sowie der ARGE bestünden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem vorliegenden Aktionsplan 2010 bis 2012 (Anlage 1) für ein Dresdner Netzwerk Kinderschutz und dem darin integrierten Konzept für ein Frühhilfesystem für junge Familien zu.

Das Konzept ist den zukünftigen Erfordernissen einer effektiven Kinderschutzarbeit anzupassen und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept ist den zukünftigen Erfordernissen einer effektiven Kinderschutzarbeit anzupassen und dem Jugendhilfeausschuss bis 30.11.2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

7 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr **Engel** berichtet aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung. Zum einen sei die Endauswertung des Rankingverfahrens zum Trägerschaftswechsel Kita Am Lehmberg vorgenommen worden. Den ersten Platz habe der Arbeitersamariterbund Dresden/Kamenz erhalten und nun werde die entsprechende Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss erarbeitet. Zum anderen habe man das Fachthema Programmentwicklung "Dresdner Ganzttag" thematisiert.

Von Seiten des Unterausschusses Jugendhilfeplanung gibt es keinen Informationsbedarf.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Es gibt keine Informationen zum nicht öffentlichen Teil. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 19:15 Uhr.

Helma Orosz
Vorsitzende

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Tilo Kießling
Stadtrat

Anke Wagner
Stadträtin